

Newsletter Kernenergie Juni 2025

Hoffnung auf ein Ende der Nuklearen Geisterfahrt

Am 22. Mai organisierte der Verein Nuklearia in Berlin die sogenannte „Anschaltkonferenz“ auf der sich die Teilnehmer für die Wiederinbetriebnahme von 9 im Rückbau befindlichen Kernkraftwerksblöcken einsetzen. Ich persönlich halte dieses Unterfangen aus vielen Gründen für unrealistisch, insbesondere deshalb, weil die deutsche Politik in den vergangenen 25 Jahren ihre Unzuverlässigkeit zum Erhalt der bestehenden Kernkraftwerke eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Welches Unternehmen wird da noch bereit sein in einen Rückbau vom Rückbau zu investieren.

Der Vorstand der Nuklearia Rainer Klute wurde anlässlich der Konferenz gefragt wie hoch seiner Meinung nach die Wahrscheinlichkeit für eine Rückkehr der Kernkraft in Deutschland ist. Seine Antwort: „Die Wahrscheinlichkeit ist 100 Prozent, ich kann nur nicht sagen wann das sein wird.“

Mit der neuen Regierung wurden viele Hoffnungen verbunden, auch die der Rückkehr der Kernkraft. Im Koalitionsvertrag sucht man das Wort Kernkraft allerdings vergebens. Um so erfreulicher ist es, dass die neue Wirtschaftsministerin Katherina Reiche bereits in der ersten Amtswoche auf dem Ludwig Erhardt Gipfel am Tegernsee einen Wiedereinstieg nicht ablehnte und sich dafür aussprach bei der Kernforschung am Ball zu bleiben um die Entwicklung neuer Reaktoren – explizit der SMR – nicht zu verpassen.

Eine weitere Woche später bei einem Besuch der EU Zentrale in Brüssel wurde Wirtschaftsministerin Reiche von einer Reporterin gefragt ob sie sich dafür ausspreche, dass man aus dem EU Haushalt die Kernkraft fördere. Ihre Antwort: „Es geht darum, neue Technologien zu fördern. Neue Technologien können zum Beispiel Small Modular Reactors sein. Jede Tonne CO₂ die wir einsparen können, ist gut. Hier müssen wir technologieoffen sein.“

Diese Aussagen der Wirtschaftsministerin machen Hoffnung auf eine energiepolitische Wende und Neubewertung des Atomausstiegs. Aber die bei vielen Politikern – übrigens jedweder Couleur - tief verwurzelte Antiatom Ideologie sollte nicht unterschätzt werde. Jürgen Trittin ist zwar nicht mehr Mitglied des Bundestags aber seine Antiatom Mottenkugeln stecken wohl noch in diversen Anzügen einiger Regierungsmitglieder, namentlich Herrn Umweltminister Carsten Schneider (SPD). Er verkündete am 23. Mai, dass Deutschland die Finanzierung von Atomanlagen aus EU Mitteln weiterhin ablehne und das gelte auch für Versuche, Atomstrom mit nachhaltiger Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien gleichzusetzen. Schneider widersprach seiner Regierungskollegin damit diametral. Am gleichen Tag sahen sich mehrere Regierungssprecher deshalb genötigt die Dinge zurechtzubiegen und verwiesen auf Gespräche mit unseren europäischen Partnern und innerhalb der Bundesregierung.

Im Gegensatz zu Herrn Carsten Schneider – Bankkaufmann mit Erfahrungen im Zivildienst und einer Erfurter Jugendherberge – bringt Frau Katherina Reiche nicht nur ein naturwissenschaftliches Studium, sondern auch viele Jahre Erfahrung in der Energiewirtschaft mit ins Amt. Es drängt sich der Verdacht auf, dass das Amt des

Umweltministers absichtlich mit einem fachfremden aber parteiinternen Hardliner besetzt wurde. Das Parteiprogramm ist der SPD offenbar wichtiger als ein fachlich inhaltlicher Diskurs der das Land voranbringen könnte. Die deutsche Bevölkerung ist da schon weiter: mittlerweile befürworten fast 60 Prozent die Rückkehr zur Kernkraft.

Künstliche Intelligenz braucht viel Strom

Im Gegensatz zur Kernkraft steht im Koalitionsvertrag sehr viel zur KI und zu Rechenzentren. Unter der Überschrift „Deutschland als Rechenzentrumsstandort“ wird vollmundig verkündet, dass man den Rechenzentrumsstandort Deutschland als Leuchtturm Europas stärken und mindestens eine der europäischen KI-Gigafactories nach Deutschland holen will.

Den Autoren dieser mutigen Zeilen ist wohl entgangen, dass KI und insbesondere die damit verbundenen Rechenzentren nicht nur sehr viel Strom, sondern diesen auch zuverlässig rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr brauchen. Natürlich möglichst CO₂ frei. Regenerativer Strom ist zwar CO₂ frei, steht aber leider nur zur Verfügung, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Da sich selbst Klima NGO's gerne auf den unterbrechungsfreien Dienst ihrer Smartphones verlassen, scheidet der regenerative Strom für die Versorgung von Rechenzentren aus.

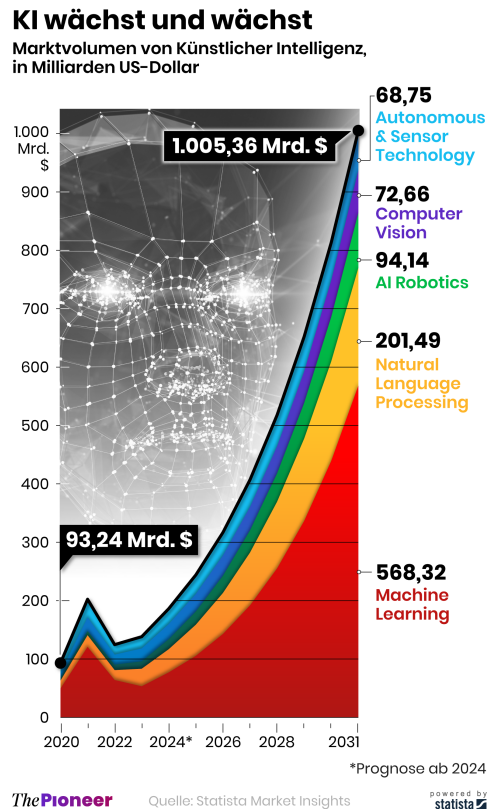
Zum Thema Strombedarf von Rechenzentren steht im Koalitionsvertrag allerdings kein Wort. Dagegen der nachfolgende kryptische Satz: „Durch eine Digitalisierungsoffensive bei Stromnetzbetreibern und Transparenz über Netzanschlusskapazitäten erleichtern wir die Planung und Integration von Rechenzentren in das Stromnetz.“ Dieser Satz kann eigentlich nur im Formulierungswürfel eines beflissenen Beraters entstanden sein, denn weder durch Digitalisierung noch durch Transparenz erzeugt man den Strom den Rechenzentren brauchen, weder in der Menge noch in der Zuverlässigkeit.

Übrigens liegt der Stromverbrauch der Rechenzentren weltweit derzeit bei 500 Terawatt Stunden. Das ist in etwa der jährliche Stromverbrauch von Deutschland. Bis 2030 rechnet die Branche mit einem Anstieg von 350 Prozent, das sind dann 1.750 Terawattstunden.

Bleibt es also bei dem Atomausstieg und der Verweigerung sich an der nuklearen Zukunftstechnologie „Smart Modular Reactors SMR“ zu beteiligen, verzichtet Deutschland auch langfristig darauf KI-Unternehmen einen wettbewerbsfähigen Standort zu bieten.

Aber offensichtlich sitzen die Antiatom Ideologen nicht nur im Bundestag sondern auch in den Chefsesseln mancher Unternehmen. Die deutschen Unternehmen SAP, Deutsche Telekom, Ionos, Lidl Schwarz Gruppe und Siemens, die sich derzeit in einem Konsortium um den Bau einer der fünf europäischen KI-Gigafactory bewerben, wollen nach aktuellen Informationen die Stromversorgung der Gigafactory über ein Green Power Purchase Agreement (GreenPPA) sicher stellen, also über einen langfristigen, bilateralen Stromliefervertrag bei dem der Strom direkt aus einem Wind- oder Solarpark kommt. Wie auf dieser Basis der unterbrechungsfreie und bis 2030 um 350 Prozent gestiegene Strombedarf einer KI-Gigafactory sichergestellt werden soll beruht wohl auf dem Prinzip Hoffnung. Es zeigt sich, dass in Deutschland offensichtlich nicht nur die Politik ein Faible für Sonderwege hat. Im Gegensatz zum deutschen KI-Gigafactory Konsortium sind die US-Hightec Riesen Google, Amazon, Oracle, Microsoft und Meta schon vor Jahren

Kooperationen mit SMR Entwicklern eingegangen. Bill Gates, der Gründer des Nuklear Unternehmens TerraPower, baut derzeit in Wyoming einen Natrium gekühlten Advanced Power Reactor für die Stromversorgung eines Microsoft KI-Rechenzentrums. Angesichts dieser Entwicklung fragt man sich wie lange sich Deutschland noch die Nukleare Geisterfahrt leisten will und kann, denn das Marktvolumen von Künstlicher Intelligenz und damit auch der Strombedarf wachsen rasant.



Unternehmen der Chemie und der Stahlindustrie sind schon längst beim Auszug aus dem Land wo Strom in Abhängigkeit von Sonnenschein und Windbrise erzeugt wird. Wie lange die Automobilindustrie noch gehalten werden kann ist fraglich. KI Unternehmen können sich langes Taktieren nicht leisten und brauchen schon heute eine klare Perspektive für eine zuverlässige unterbrechungsfreie Stromversorgung. Keines dieser Unternehmen kann darauf warten bis die letzten Geisterfahrer in der deutschen Parteienlandschaft verstanden haben, dass man ein Industrieland, wie es Deutschland sein will, ausschließlich mit regenerativen Strom versorgen kann.

Die Atomausstiegslücke und die Perversion der EEG-Förderung

Aber wir haben ja wohlgesonnene Nachbarn die uns (noch), wenn die Sonne nicht scheint oder und der Wind nicht weht, mit Strom versorgen, sogar Atomstrom! Allein aus Frankreich hat Deutschland im laufenden Jahr 4.578 Gigawattstunden Atomstrom bezogen. Kosten 324 Millionen Euro. Dem stehen 1.503 nach Frankreich exportierte Gigawattstunden gegenüber, meist überschüssiger Solar- und Windstrom, die Einnahmen betragen 99 Millionen Euro, der Exportsaldo also 225 Millionen Euro.

Derweil pervertiert die EEG-Förderung und das EEG-Milliardengrab wird weiter befüllt: Wer seine Solaranlage vor dem Januar dieses Jahres errichtet hat, erhält die Differenz zwischen einem zuvor festgelegten Tarif und dem tatsächlichen Marktpreis vom Staat erstattet. Mit dieser Maßnahme sollte der Ausbau der Erneuerbaren Energien gefördert werden. Je niedriger der Strompreis, desto tiefer muss der Staat also in die Tasche greifen. Selbst wenn der Preis zu so mancher Mittagsstunde ins Bodenlose stürzt. Für den Staat bedeutet diese sogenannte EEG-Vergütung Kosten in Milliardenhöhe. Im Jahr 2024 waren dies 18,5 Milliarden Euro. Für die Anlagenbesitzer ein Anreiz: Obwohl niemand den erzeugten Strom gebrauchen kann, lohnt es sich trotzdem, ihn ins System einzuspeisen – auf Kosten aller Steuerzahler!

Und wie sieht es mit der Emissionsbilanz aus? Deutschland hat seit Jahresbeginn den Strom mit Emissionen von durchschnittlich mit 368 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde produziert, Frankreich mit 36 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde, dank Kernenergie und Regenerativen!

Hierzu der Beitrag von Uwe Stoll „Partner statt Gegner - Warum Kernenergie und Erneuerbare gemeinsam die Zukunft sichern.“

<https://youtu.be/1h-ZWv3zJcl>

Es grüßt Sie bis zum nächsten Newsletter

Ulrich Gräber

ugraeber@t-online.de

+49 151 62817656



Ulrich Gräber geboren am 11. August 1948 studierte Maschinenbau und Betriebswirtschaft. Er startete seine berufliche Laufbahn bei der Kraftwerk Union AG (KWU) 1974, bei der er als Projektingenieur an der Planung und Errichtung beider Blöcke des Kernkraftwerks Philippsburg beteiligt war.

Von 1977 bis 1980 wirkte er bei Lahmeyer International u.a. an der Planung des deutschen Entsorgungszentrums für radioaktive Abfälle in Gorleben mit. 1981 wechselte Ulrich Gräber zur Motor Columbus/Colenco. Ab 1988 leitete er als Geschäftsführer die deutschen Niederlassung Colenco GmbH. In dieser Zeit war er Mitglied der Projektgruppe für die Planung und Errichtung des Kernkraftwerks Neckarwestheim II.

1991 wurde er Partner und geschäftsführender Gesellschafter der BTB Jansky GmbH. Schwerpunkte seiner Tätigkeit waren die Reorganisation von Kernkraftwerks-Betriebsorganisationen, sowie die Implementierung von nachhaltigen Programmen zur Effizienzsteigerung des Betriebs und der Instandhaltung.

1998 wurde Ulrich Gräber in den Vorstand der EnBW Kraftwerke AG berufen und war verantwortlich für das Technikressort. Im Zuge der Bildung der EnBW hat Herr Gräber sowohl als Berater und später als als Vorstand der Kraftwerksgesellschaft an der Verschmelzung mehrerer südwestdeutscher EVU zur EnBW mitgewirkt. Er hat umfassende Erfahrungen bei einer Verschmelzung und Neuausrichtung von Unternehmen zu beachtenden unternehmens-, arbeits- und vor allem atomrechtlichen Aspekten.

2002 machte er sich als Unternehmensberater im Bereich Energiewirtschaft & Energietechnik selbstständig. In dieser Zeit wirkte Ulrich Gräber außerdem aktiv am Aufbau des Zentrums für Energieforschung Stuttgart e.V. an der Universität Stuttgart mit dessen Geschäftsführung er von 2002 – 2005 innehatte.

Von 2007 bis Anfang 2012 war Ulrich Gräber Vorsitzender der Geschäftsführung der AREVA NP GmbH und Mitglied des EXCOM der Areva NP in Paris. In seiner Amtszeit wurden über 2500 Ingenieure neu eingestellt. In seiner Funktion als Chef der AREVA Deutschland hat er darüber hinaus aktiv am Zusammenwachsen der deutschen Siemens Nuklear Sparte mit der französischen Areva mitgewirkt.

Nach Beendigung seiner „operativen Laufbahn“ Anfang 2012 widmet sich Ulrich Gräber dem Consulting im Energiebereich und der Kernenergie.